

Ehemalige europäische Führungspersönlichkeiten rufen zur Anerkennung des palästinensischen Staates auf*

Im Jahr 2009 hat die Palästinensische Autonomiebehörde einen Prozess eingeleitet, um die Schaffung der Institutionen für einen künftigen palästinensischen Staat abzuschließen. Die Europäische Union hat nachdrücklich diese Absicht durch finanzielle und technische Hilfen im Hinblick auf das politische Ziel unterstützt.

Heute liegt die Frage der Anerkennung dieses Staates vor uns. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat den 11. September als Schlusspunkt des Staatsbildungsprozesses ausgemacht, und die palästinensische Führung kann um die förmliche Anerkennung palästinensischer Souveränität über die besetzten Gebiete seitens der Vereinten Nationen und seiner Mitgliedsstaaten nachsuchen.

Wird dieser Antrag eingereicht, sollte die EU sie mit einer klaren Erwartung unterstützen, dass ein unabhängiges Palästina bereit ist, mit Israel auf der Grundlage der international anerkannten Parameter Verhandlungen aufzunehmen.

Eine Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten hat bereits den palästinensischen Staat anerkannt, doch eine europäische Anerkennung macht den Unterschied aus.

Die Unterzeichner dieses Textes sind der Auffassung, dass Europa keinen Grund hat, diese legitime Forderung der Palästinenser abzulehnen. Ihnen die Anerkennung einer unabhängigen Staatlichkeit zu verweigern, nachdem sie Unterstützung gewährt und [zudem] anerkannt haben, dass sie erfolgreich für dieses Ziel gearbeitet haben, indem sie ein in sich geschlossenes Regierungssystem aufgebaut und mit Israel auf dem Gebiet von

* Die Erklärung stammt vom Juli 2011. Informelle Übersetzung aus dem Englischen von Reiner Bernstein.

Angelegenheiten der Sicherheit zusammengearbeitet haben, würde unserer eigenen Position und Politik in einer unmittelbaren und unakzeptablen Weise widersprechen. Europäische Staaten haben bereits der Erklärung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses und der Weltbank unterschrieben, dass Palästina für die Unabhängigkeit bereit ist. Diese Verbindlichkeit zurückzuziehen, würde Widersprüchlichkeit, Schwäche und den Mangel an politischem Willen demonstrieren. Sie würde außerdem einen Sieg der Kräfte des Status quo verbürgen.

Eine wachsende Zahl Israelis, ehemalige Angehöriger der Sicherheitsdienste und angesehene Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, haben vor kurzem ihre Stimme dem Chor jener hinzugefügt, die der Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit zugestimmt haben und zu einem Ende der Besatzung aufrufen.

Die Bereiche der palästinensischen Versöhnungsvereinbarung zwischen Fatah und Hamas vom 13. Mai 2011 belegen, dass eine nationale Einheitsregierung gebildet werden soll. Sie sollte nicht als ein Hindernis betrachtet werden; sie sollte sogar als ein Mittel dienen, die Evolution der Hamas-Bewegung in die richtige Richtung zu ermutigen.

Die international vereinbarten Parameter für eine Friedensvereinbarung – die zu einem sicheren Israel und einem lebensfähigen Palästina führen sollen – wurden von Präsident Obama in seiner Rede am 19. Mai wiederholt. Doch bislang wurde von den Vereinigten Staaten kein weiteres Zeichen gesetzt, wie dieses Ergebnis erreicht werden soll, so dass der bilaterale Verhandlungsprozess zum Stillstand gekommen ist.

Europäische Anerkennung palästinensischer Souveränität und Unabhängigkeit in Verbindung mit der notwendigen finanziellen Unterstützung wird die palästinensische politische Ordnung fest im Friedenslager und in der Koexistenz verankern und die Stabilität in

der Region fördern. In dem Augenblick, in dem die Europäische Union daran arbeitet, seine Beziehungen zu den Gesellschaften der Region neu zu definieren, sollten die Mitgliedsstaaten nicht die Gelegenheit verstreichen lassen, eine positive und sinnvolle Rolle zu spielen.

Es sind diese politischen und ethischen Überlegungen, welche die Unterzeichner zum Aufruf an europäische Regierungen veranlasst haben, die Anerkennung Palästinas im September dieses Jahres zu unterstützen.

Hubert Védrine, chairman of the European Former Leaders Group, France; **Frans Andriessen**, Netherlands; **Giuliano Amato**, Italy; **Laurens Jan Brinkhorst**, Netherlands; **Hervé de Charette**, France; **Uffe Elleman-Jensen**, Denmark; **Jean François-Poncet**, France; **Felipe Gonzales**, Spain; **Lena Hjelm-Wallén**, Sweden; **Lionel Jospin**, France; **Michael Lothian**, United Kingdom; **Louis Michel**, Belgium; **Andrzej Olechowski**, Poland; **Romano Prodi**, Italy; **Mary Robinson**, Ireland; **Michel Rocard**, France; **Jorge Sampaio**, Portugal; **Pierre Schori**, Sweden; **Clare Short**, United Kingdom; **Peter Sutherland**, United Kingdom; **Erkki Tuomioja** (signed before being appointed minister of foreign affairs on June 22nd), Finland; **Andreas van Agt**, Netherlands; **Hans van den Broek**, Netherlands; **Vaira Vike-Freiberga**, Latvia; **Richard von Weizsäcker**, Germany.
